



Statement **Thomas Vogel**, Kantonsrat, Regierungsratskandidat FDP Medienkonferenz 11. Januar 2019

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat ist evident. Im Kantonsrat ist sie hingegen knapp. Das „Bürgerliche Bündnis für den Regierungsrat“ erachtet es als enorm wichtig, dass die Fraktionen von CVP, FDP und SVP ihre Positionen in den Kantonsratswahlen verstärken können. Bürgerliche Mehrheiten in Regierung und Parlament sind gut für Zürich. Sie sorgen für bürgernahe, abgestimmte und verlässliche Entscheide.

Der Kanton und die Stadt driften auseinander. „Rotgrüne Politik“ löst bei vielen Landschäftlern Kopfschütteln aus. Ansätze des Kantons, die Stadt bspw. in Verkehrsfragen zu übersteuern, stossen wiederum dort sauer auf. Gleichzeitig empfinden viele Gemeinden, sie verlören stetig Kompetenzen an den Kanton, sie würden immer mehr nur noch dessen Vollzugsorgane. Wir stehen u.a. vor der grossen Herausforderung „Bevölkerungswachstum“. Diese anzunehmen und zu bewältigen braucht ein Zusammenrücken. Ein intensiverer Dialog zwischen dem Kanton und den Gemeinden ist geboten.

Der Kanton Zürich geht davon aus, dass seine Bevölkerung bis 2040 um 300'000 Personen wachsen wird. Von diesen würden sich 100'000 in der Stadt Zürich niederlassen. Nur zum Vergleich: Im Kanton Zürich würde zusätzlich der ganze Kanton Wallis Platz finden müssen. Und in der Stadt Zürich zusätzlich die Bevölkerung Winterthurs. 2040 ist, in politischen Zeithorizonten gerechnet, schon übermorgen. Zuwachs in diesem Ausmass ist einerseits Chance - er bedeutet Arbeitskräfte, Innovation, Konsumation, was gut für den Wirtschaftsstandort sein wird. Es bedeutet aber auch mehr Wohnungen, mehr Bildungseinrichtungen, mehr Spitäler, mehr ÖV, mehr Arbeitsplätze, mehr Sporteinrichtungen. Und. Und. Und. Richtpläne und Machbarkeitsstudien liegen vor. Spürbar ist in der Bevölkerung eine gewisse Skepsis, und Angst. Wir werden darzulegen haben, welche gesellschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen ein solches Bevölkerungswachstum haben kann. Und was eine solche Entwicklung für die Identität von Stadt und Kanton Zürich bedeuten wird. Wir haben aufzuzeigen, wie der Kanton diese Entwicklung prästieren kann. Für einen liberalen Menschen bedeutet mehr Enge immer auch die Gefahr von mehr Bedarf nach Regulierung des Zusammenlebens – und damit einer Einschränkung unserer persönlichen Freiheit. Hier wird die neue Regierung ebenfalls Augenmass walten lassen müssen.

Unter der Federführung von Thomas Heiniger hat der Regierungsrat in der noch laufenden Legislatur markante gesundheitspolitische Entscheide getroffen und entsprechende Massnahmen um- und durchgesetzt. Die Eigenständigkeit der Spitäler wurde gestärkt. In den Spitälern wurden Mindestfallzahlen eingeführt - und, ganz aktuell, auch pro Operateur. Das Rettungswesen wurde optimiert. Eingeführt wurde der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Der ärztliche Notfalldienst wurde neu organisiert. Der Kanton Zürich ist gesundheitspolitisch gut aufgestellt. Das „Bürgerliche Bündnis für den Regierungsrat“ wird Sorge tragen, dass dies so bleibt. Neben der neuen Spitalliste bestehen zahlreiche weitere Herausforderungen: Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der steten Zunahme der Demenzerkrankungen. Die Realisierung des Projektes „Mäander“ ist deshalb in meinen Augen unverzichtbar. Es geht dabei um die Schaffung einer unabhängigen Organisation, die langfristig im Bereich Demenz eine tragende Rolle übernehmen kann.

Zürich darf stolz sein auf seine Polizeikräfte. Auf alle Angehörigen der kantonalen und der kommunalen Polizeieinheiten. Sie machen rund um die Uhr einen hervorragenden Job. Die Zeiten sind ernster geworden, auch die Bedrohungslagen. Und diese wiederum sind vielseitiger geworden. Mit Cybercrime beispielsweise musste sich vor zwanzig Jahren niemand auseinandersetzen. Es ist klar: Die Erhöhung der Mannschaftsbestände steht zur Diskussion. Auch weil es unerträglich ist, weiter zulassen zu müssen, dass Polizeiteams bei ihren Einsätzen immer öfter von einer gewaltbereiten Menge angepöbelt, bedroht und verletzt werden. Wir stärken unseren Polizeikräften den Rücken.

Das konstruktive Zusammenwirken im Bürgerlichen Bündnis ist eine gute Grundlage für die künftige Zusammenarbeit. Dafür bin ich Ernst Stocker, Natalie Rickli, Silvia Steiner und Carmen Walker Späh dankbar.